

# PRESSEMITTEILUNG

## BUNDESARBEITSGEMEINSCHAFT DER PATIENTINNENSTELLEN

Mittwoch, 14. Mai 2003

### Gesundheitsreform zu Lasten von Patientinnen und Patienten

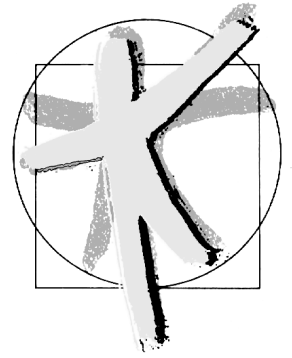
**Die Bundesarbeitsgemeinschaft der PatientInnenstellen (BAGP) lehnt zentrale Elemente der geplanten Gesundheitsreform ab, weil sie einseitig Patientinnen und Patienten belasten.**

Die **Erhöhung von Zuzahlungen bei Medikamenten** bedeutet eine weitere finanzielle Last für genau die Patientinnen und Patienten, die schon bisher den größeren Beitrag zum **Solidarsystems** leisten mussten und über Medikamentenzuzahlung tiefer in die Tasche greifen mussten.

Der Anreiz zu weniger Konsum von Medikamenten durch erhöhte Zuzahlungen darf bezweifelt werden. Eine sinnvolle Steuerung der Verschreibungspraxis von Ärzten muss durch andere Maßnahmen erreicht werden.

Bei der stationären Versorgung ist eine weitere Erhöhung der Zuzahlung ebenfalls abzulehnen. Patientinnen und Patienten, die sich wegen der Schwere der Erkrankung in ein Krankenhaus begeben müssen, dürfen nicht über den Geldbeutel dafür bestraft werden.

Die alleinige **Absicherung des Krankengeldes** durch die GKV-Versicherten ist eine Aushöhlung des paritätischen Grundsatzes der GKV, Patientinnen und Patienten werden auch durch diese Maßnahme zusätzlich finanziell belastet.



BUNDESARBEITS-  
GEMEINSCHAFT DER  
PATIENTINNENSTELLEN  
-GESCHÄFTSSTELLE-

AUENSTR. 31  
80469 MÜNCHEN

TELEFON 089 / 76755131  
FAX 089 / 7250474

e-mail:  
mail@patientenstellen.de

internet:  
http://patientenstellen.de

INFO-TELEFON:  
MONTAG-DONNERSTAG  
13-14 UHR